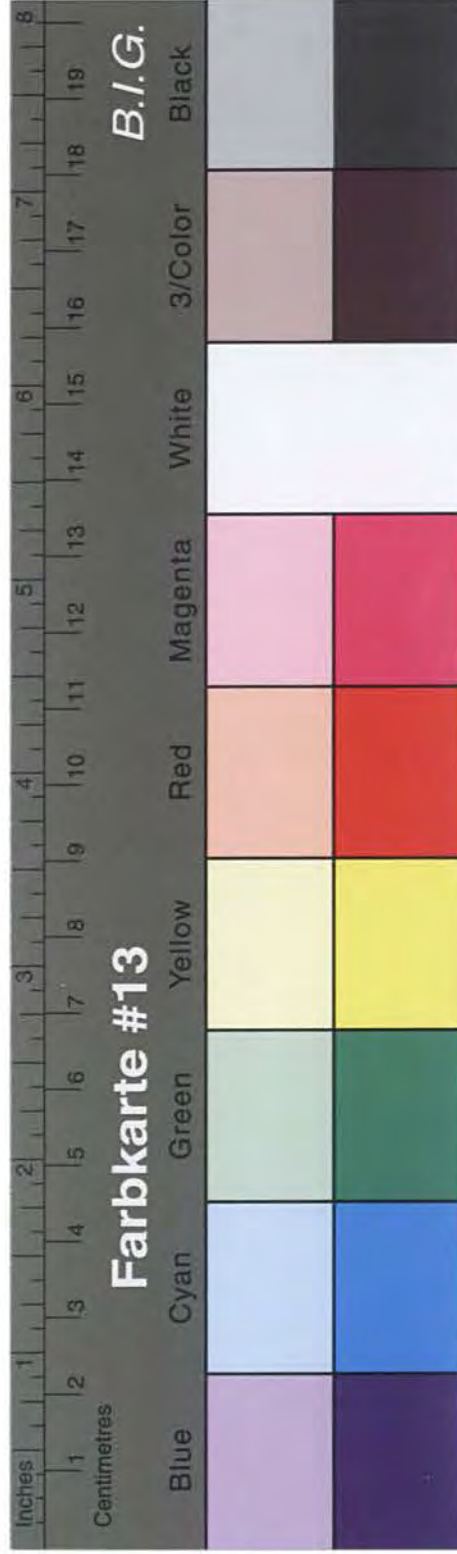


# Kreisarchiv Stormarn B2

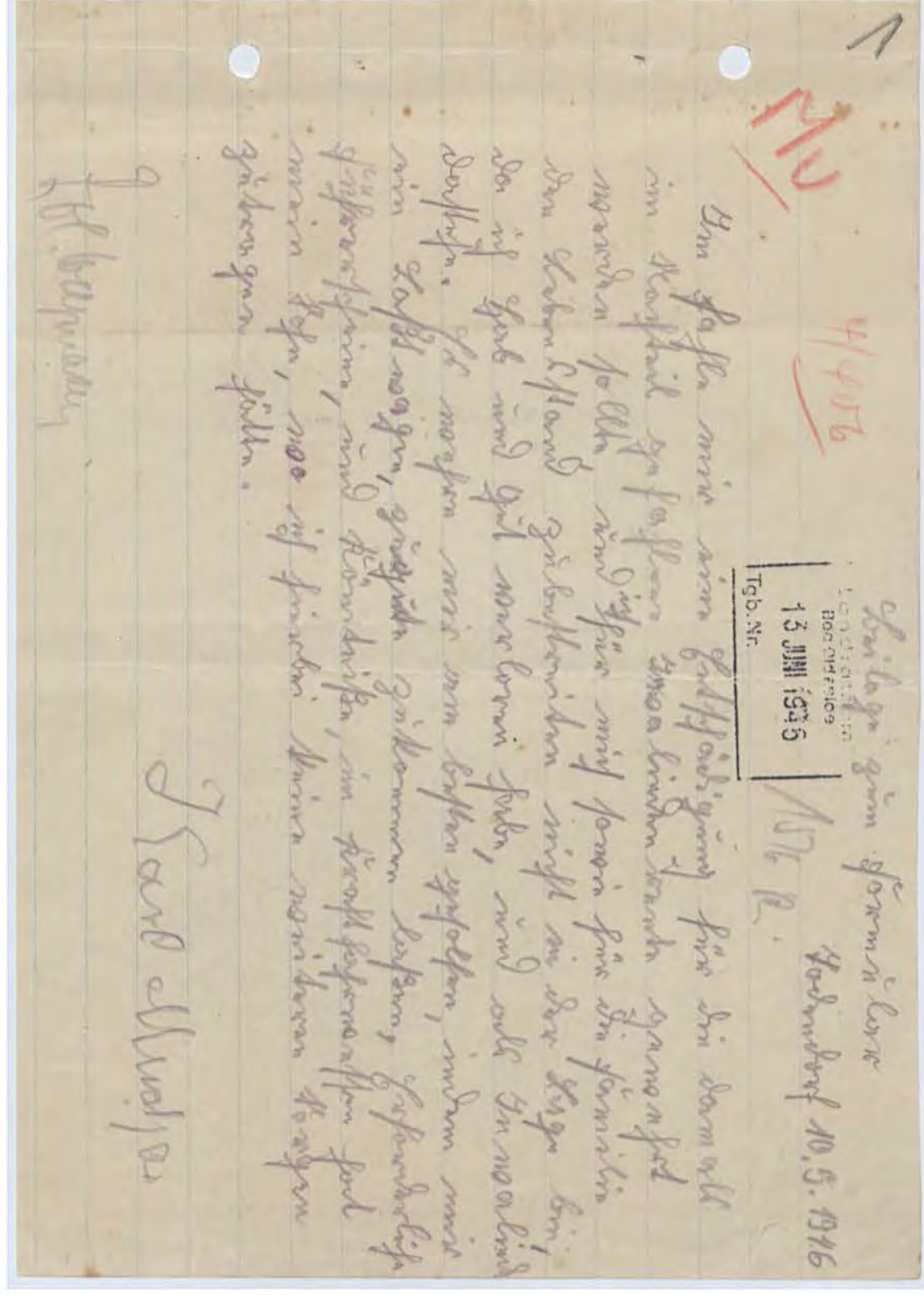
Kreisarchiv Störmarn

Bestand B2

618



# Kreisarchiv Stormarn B2



7 Sard alhwalpa

Du fahst mir eine Gattungsart für die damals  
 im Reich der Pflanzen noch keinen Namen  
 werden sollte und ihre viel später für die Familie  
 der Stenogramm Entomiden nicht zu der Lage bin,  
 da ich dich und dich noch nicht sah, und alle zu mir  
 doch. Ich merke mir den besten Stellen, indem mir  
 ein Stenogramm, die Stenogramm Entomiden sehen, Stenogramm  
 Stenogramm, und Stenogramm, im Stenogramm Stenogramm  
 mein Stenogramm, noch ich Stenogramm Stenogramm Stenogramm  
 Stenogramm Stenogramm.

Charles E. Smith  
 1000 1st St. N.  
 Boston, Mass.  
 13 Jan 1935  
 Tgb:Mr.  
 1576 R.  
 44-20-100-10.5.1916

4/406

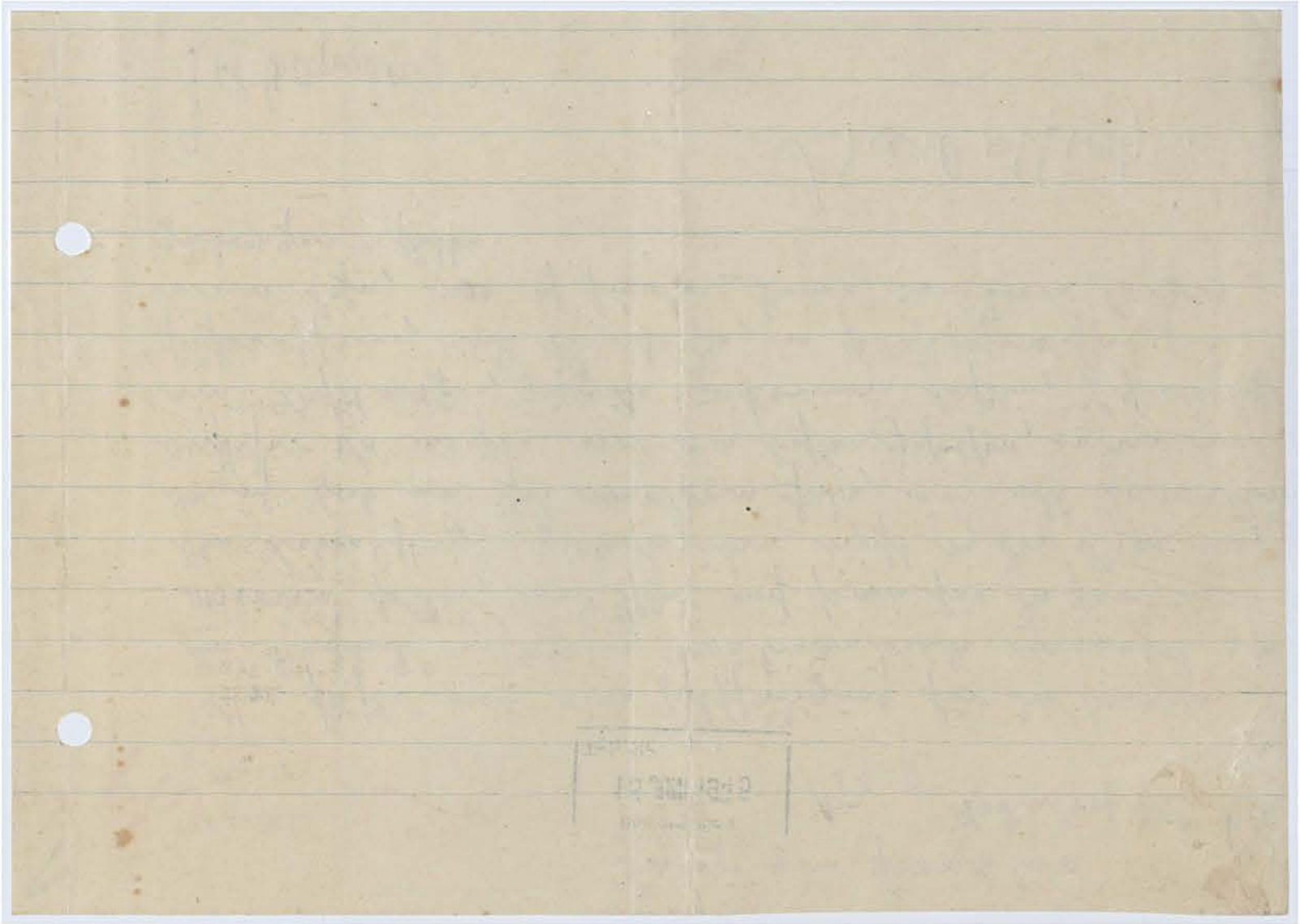
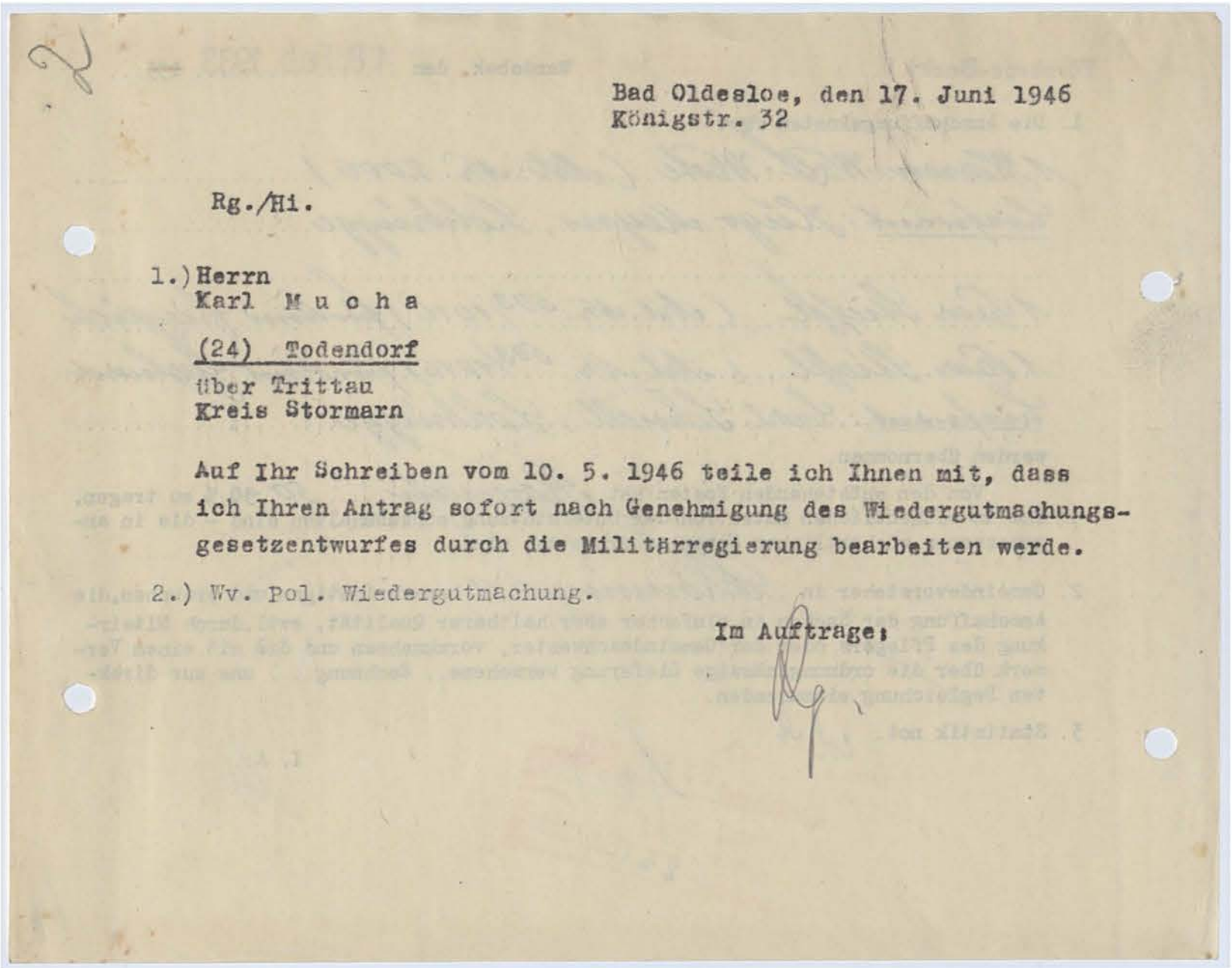
Tgb. Nr.

15 JUL 1974

Doc 01479109

1870





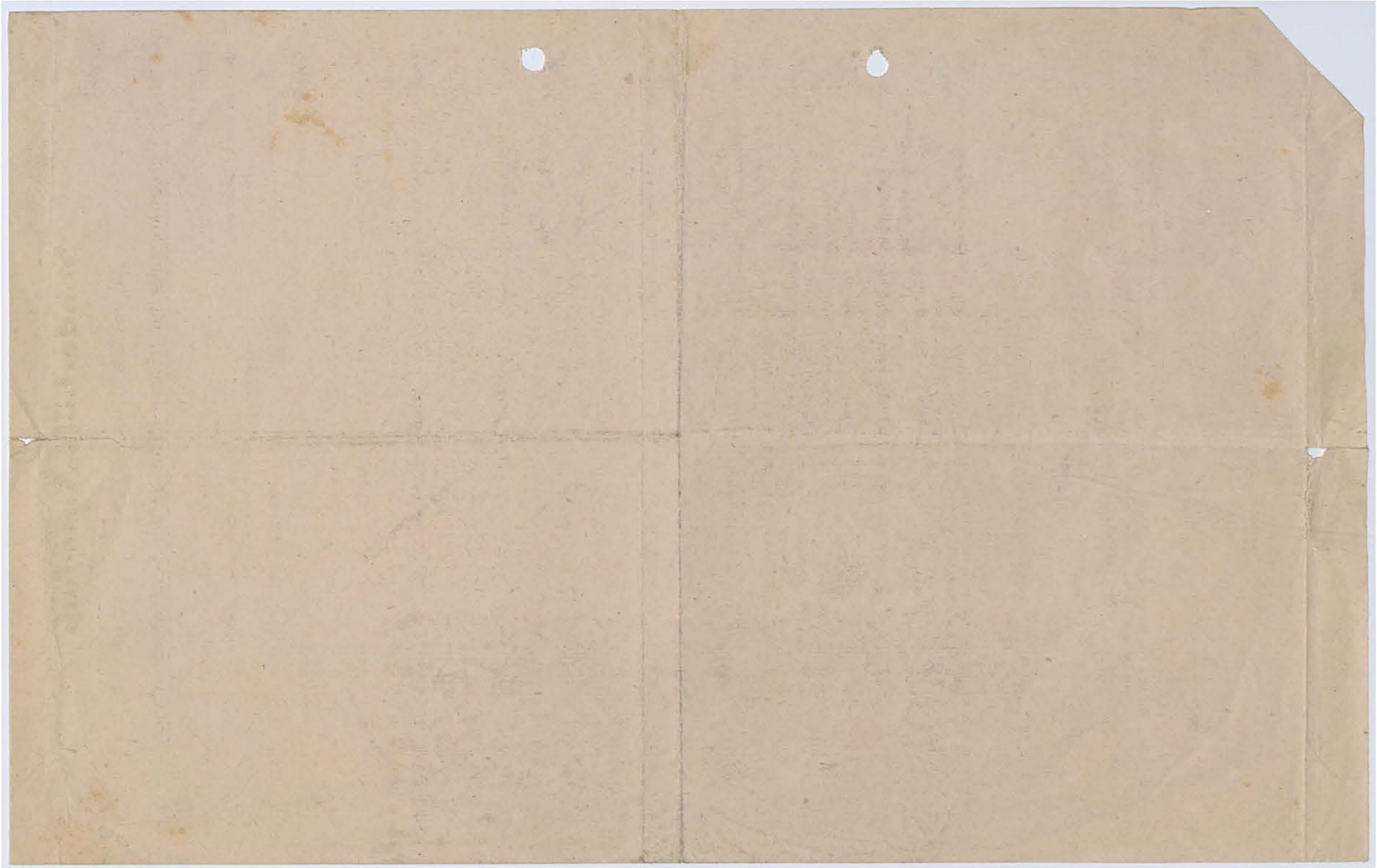
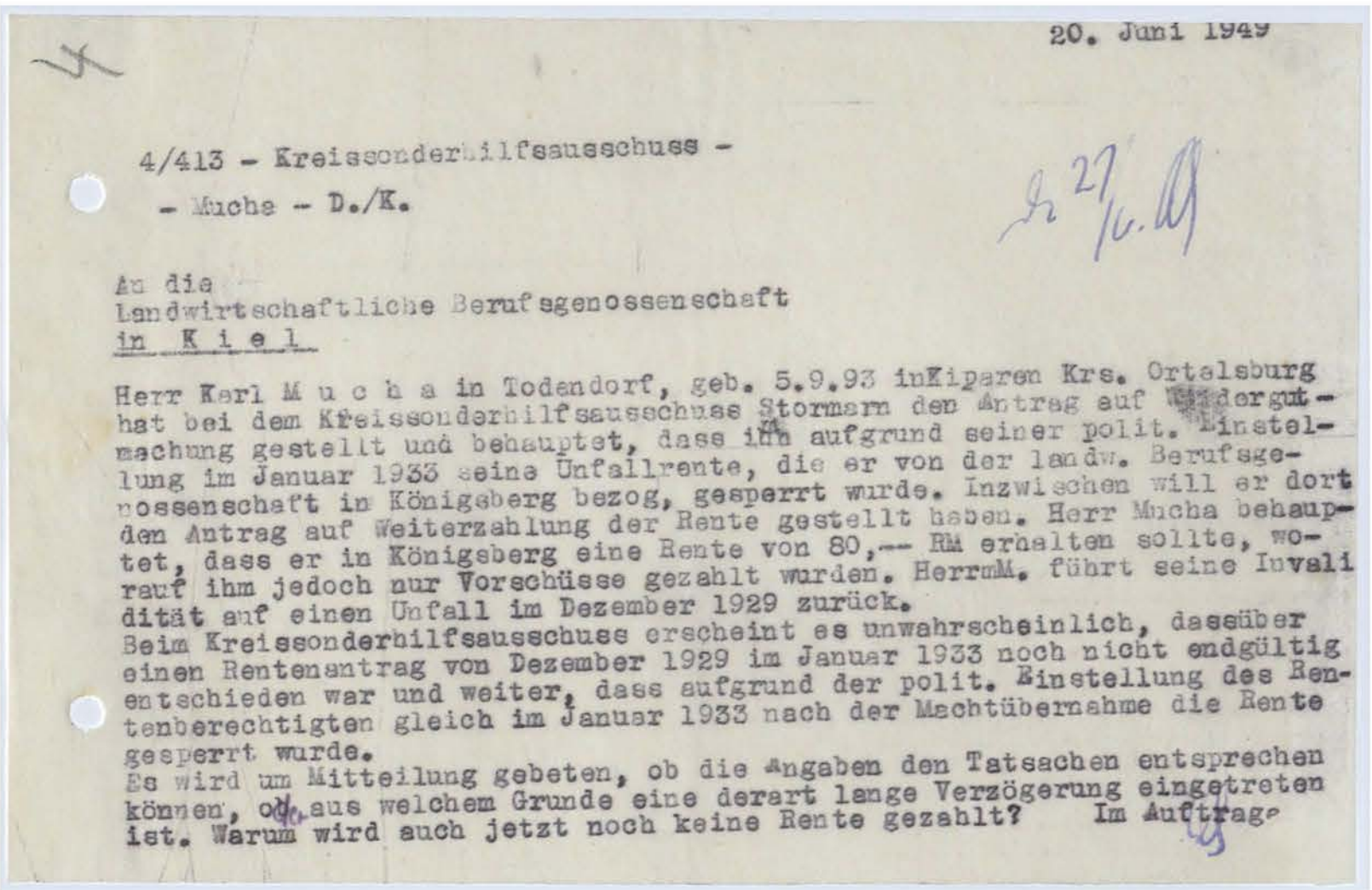
Kreisarchiv Stormarn B2







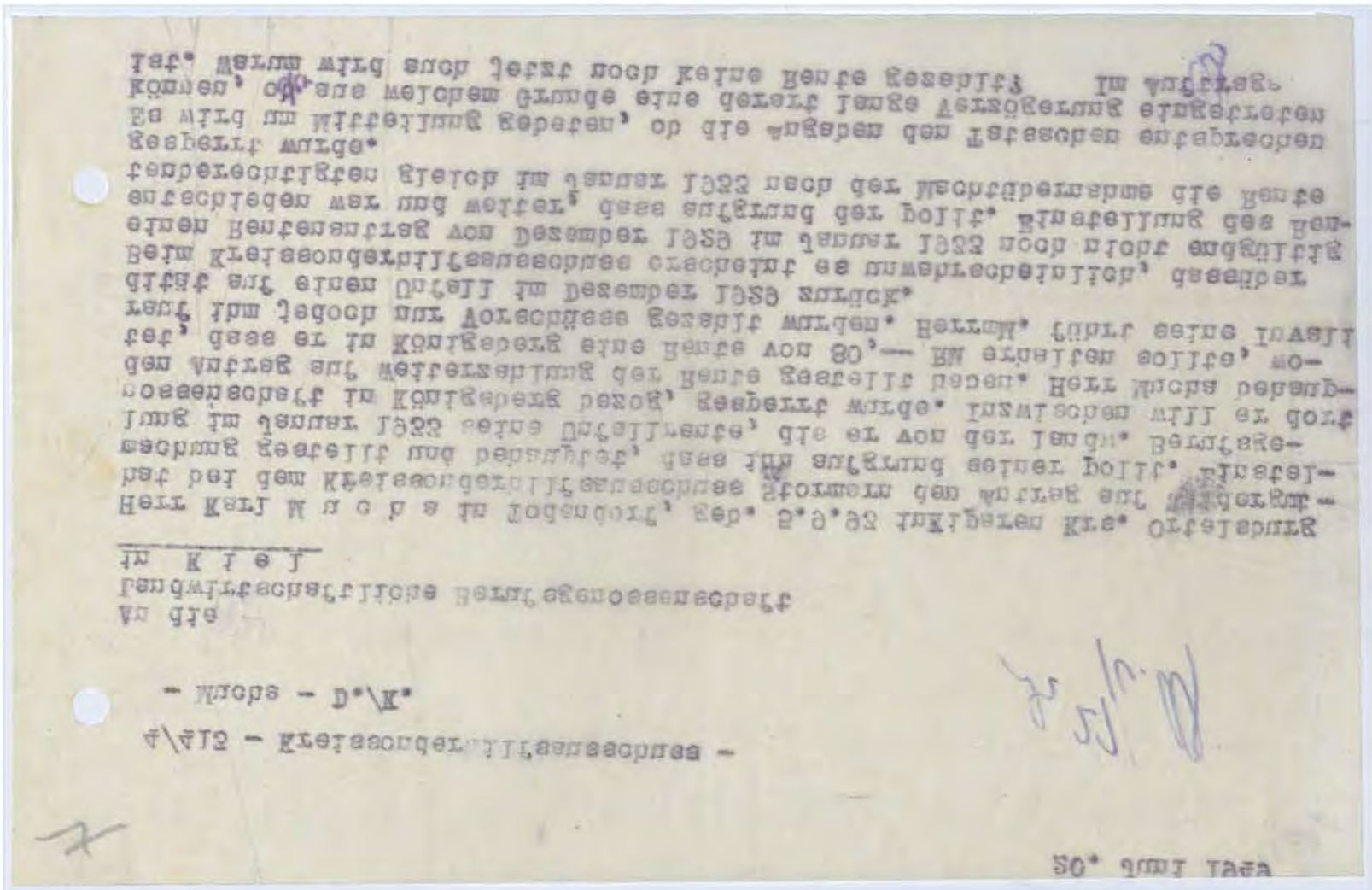
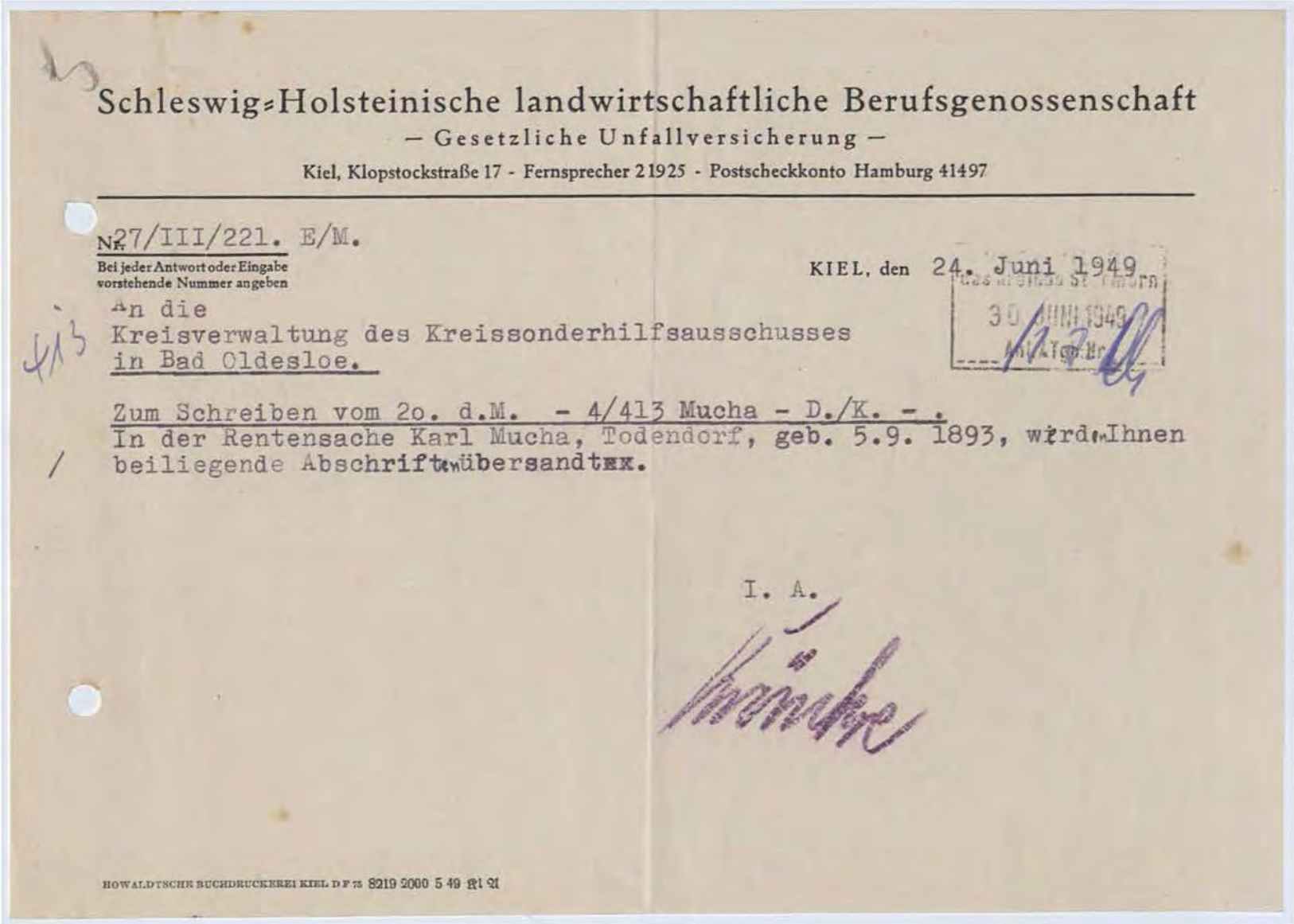




Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2





27/III/221 E/M. Abschrift. Kiel, den 16. Juli 1947.

1. Herrn  
Karl M u c h a , Flüchtling  
in Todendorf,  
über Trittau (Bez.Hamburg)

Die zwischen Ihnen und meinem Sachbearbeiter, Landesinspektor Ehlers, am 9. d. M. geführte Besprechung hat ergeben, dass Ihr Rentenanspruch aus Anlaß Ihres Unfalles vom 4. 12. 1929 von der Ostpr. landw.Berufsgenossenschaft abgelehnt worden ist, weil z. Zt. des Unfalles Ihre Betrieb mit einem höheren Einheitswert als 10000.- RM veranlagt war und Sie von dem Recht der Selbstversicherung keinen Gebrauch gemacht hatten. Da ich hinsichtlich der Gewährung von Leistungen für die Berufsgenossenschaften der besetzten Ostgebiete an deren Entscheidungen und an die für diese Berufsgenossenschaften maßgeblichen Vorschriften gebunden bin, bedauere ich, so sehr ich auch Ihre jetzige Notlage Verständnis habe, Ihrem Antrage auf Rentengewährung für Ihren damaligen Unfall nicht entsprechen zu können. Ich habe nun Ihren Rentenantrag an die Landesversicherungsanstalt in Lübeck weitergegeben und um Prüfung gebeten, ob nicht eine Rentengewährung an Sie auf Grund Ihrer Kriegsverletzung möglich ist. Die Landesversicherungsanstalt wird Ihnen demnächst weiteren Bescheid geben. (/./ 2.)

27/III/221 E/M. Abschrift. Kiel, den 16. Juli 1947.

1. Herrn  
Karl M u c h a , Flüchtling  
in Todendorf,  
über Trittau (Bez.Hamburg)

Die zwischen Ihnen und meinem Sachbearbeiter, Landesinspektor Ehlers, am 9. d. M. geführte Besprechung hat ergeben, dass Ihr Rentenanspruch aus Anlaß Ihres Unfalles vom 4. 12. 1929 von der Ostpr. landw.Berufsgenossenschaft abgelehnt worden ist, weil z. Zt. des Unfalles Ihre Betrieb mit einem höheren Einheitswert als 10000.- RM veranlagt war und Sie von dem Recht der Selbstversicherung keinen Gebrauch gemacht hatten. Da ich hinsichtlich der Gewährung von Leistungen für die Berufsgenossenschaften der besetzten Ostgebiete an deren Entscheidungen und an die für diese Berufsgenossenschaften maßgeblichen Vorschriften gebunden bin, bedauere ich, so sehr ich auch Ihre jetzige Notlage Verständnis habe, Ihrem Antrage auf Rentengewährung für Ihren damaligen Unfall nicht entsprechen zu können. Ich habe nun Ihren Rentenantrag an die Landesversicherungsanstalt in Lübeck weitergegeben und um Prüfung gebeten, ob nicht eine Rentengewährung an Sie auf Grund Ihrer Kriegsverletzung möglich ist. Die Landesversicherungsanstalt wird Ihnen demnächst weiteren Bescheid geben. (/./ 2.)

Kreisarchiv Stormarn B2





27/III/221 E/So. Kiel, den 11. Juli 1947.

Abstrift

Vermerk: Der Rentenantrag wurde mit dem Antragsteller mündlich durchgesprochen. Dabei hat sich folgendes ergeben:  
Machar hat seinen landwirtschaftlichen Betrieb, in dem er den Unfall erlitten hat, etwa 1/4 Jahr vor seinem Unfall von der Landgesellschaft übernommen. (Vorher hatte er einen eigenen landw. Betrieb, nahe der polnischen Grenze, den er zwecks Übernahme des neuen Betriebes verkauft hatte). Der Einheitswert für den Betrieb war von der Landgesellschaft auf 22000,-RM festgesetzt worden. Rentengewährung aus Anlaß des Unfalles ist von der Ostpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft abgelehnt worden, weil der Betrieb des M. eigen Einheitswert von mehr als 10000,- RM hatte und M. von dem durch die Satzung gegebenen Recht der Selbstversicherung keinen Gebrauch gemacht hatte. Nachdem im Jahre 1930 der Einheitswert des Betriebes nach Neueinschätzung auf 8500.- RM festgesetzt worden war, hatte sich M. erneut an die Berufsgenossenschaft wegen Rentengewährung gewandt. Rentengewährung wurde jedoch nach wie vor abgelehnt. Daraufhin stellte M., der wegen einer Granatsplitterverletzung am rechten Oberarm vom Versorgungsamt eine Rente von 25% bezogen hatte und abgefunden worden war, Antrag auf Wiedergewährung seiner Versorgungsrente, weil nach seiner Ansicht der Unfall lediglich durch die infolge der Kriegsverletzung im rechten Arm bestehenden Gefühlsstörungen verursacht worden war. Dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Für die Weiterverfolgung der Angelegenheit bediente sich M. alsdann der Parteidienststellen der KPD., nachdem er deren Mitglied geworden war. Im weiteren Verlauf des Verfahrens ist M. dann am 17. 12. 32 durch das Versorgungsamt in Königsberg nachuntersucht worden. Bei der Untersuchung soll die Rentenanträge anerkannt und ihm die Rente von etwa 60.- RM monatlich in Aussicht gestellt worden sein. Einen Rentenbescheid des Versorgungsamtes hat M.

./.

2.) In die Landesversicherungsanstalt in Lübeck.

Hiermit übersende ich meine Vorgehensweise über einen Rentenantrag des Räumungsfüchters Karl Macha, Dödenhof. Unter Hinweis auf die Bestimmungen meines Sachbearbeiters und auf das in Abschrift beigefügte Schreiben an M. bitte ich um Prüfung, ob nicht eine Rentengewährung an M. auf Grund der Direktive 27 möglich ist.

(gez.) Prien.

3.) Ablegen.

Kreisarchiv Stormarn B2

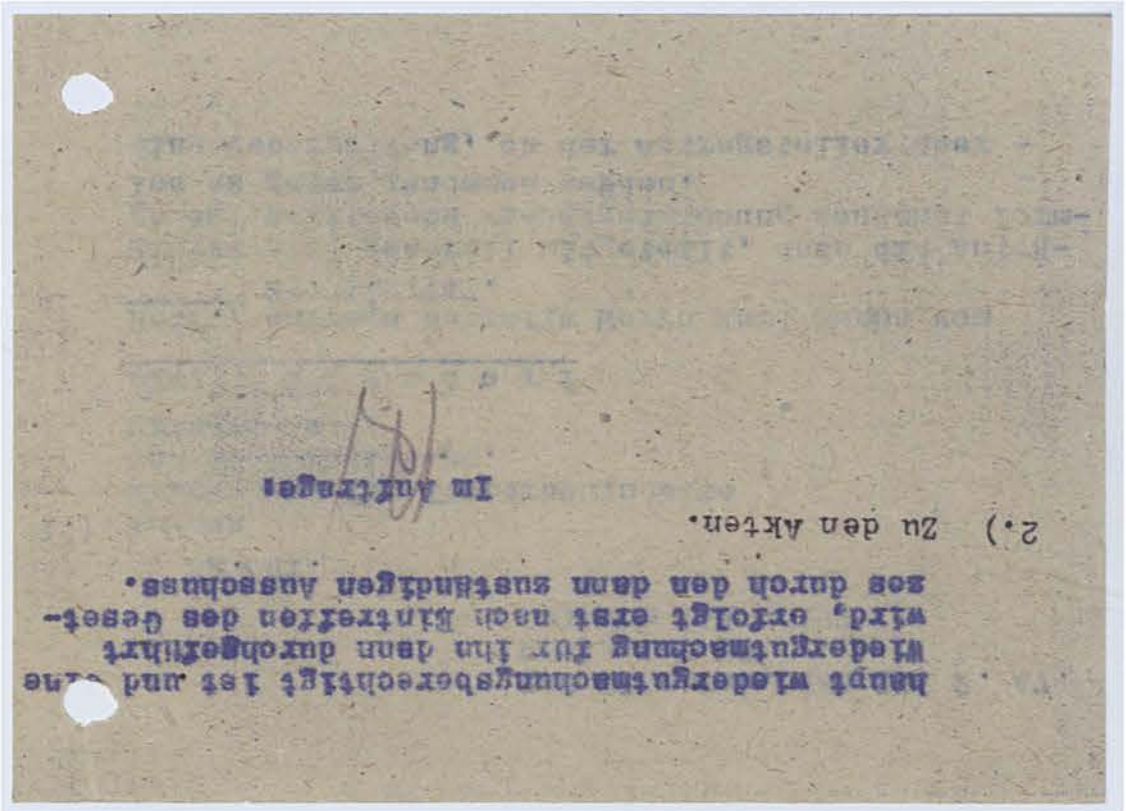
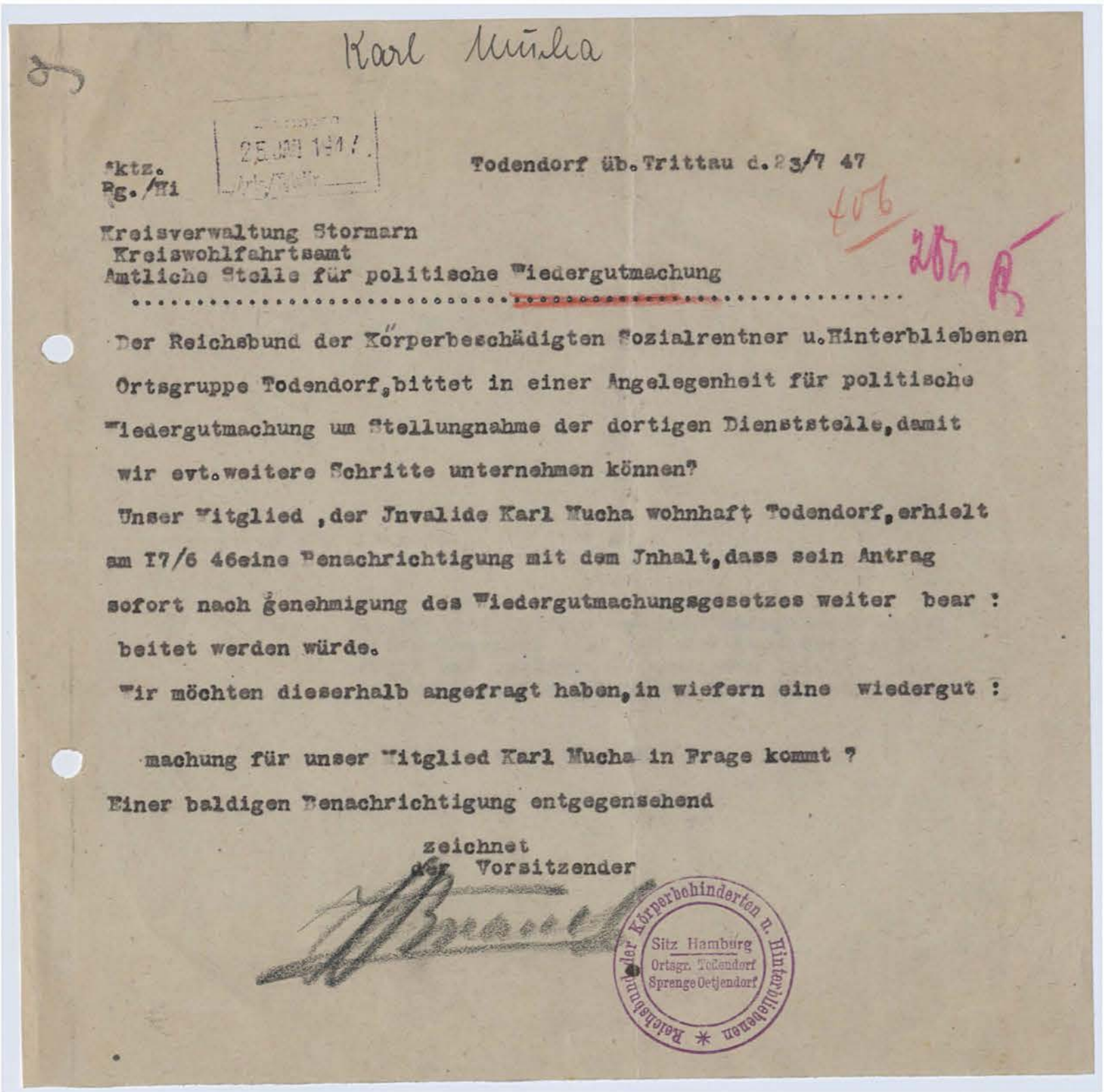






Bad Odessee, den 13. 2. 47.  
Königsstr. 52  
Telefon 151 - 157  
Hr./Hl.  
An den  
Netzband zur Körperbeihilfe,  
und Hinterbliebene,  
Ortsgruppe  
(24) P o d e n a e r t  
Betr.: Anfrage betriffs Herrn Karl Mucha von  
25. 1. 1947.  
Hierzu wird Generali mitgeteilt, dass die An-  
ge zur politische "Wedergründung" zunächst form-  
los anliegen genommen werden.  
Eine Überprüfung, ob der Antragsteller über -





Kreisarchiv Stormarn B2





10

- Mucha - D./K. 02.07.49 240-10.10.49

Bad Oldesloe, den 8. Juli 1949

Herrn  
Karl Mucha  
in T o d e n d o r f

In Ihrer Betreuungssache hatte sich der Kreissonderhilfsausschuss mit der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Kiel in Verbindung gesetzt. Diese hat nunmehr mitgeteilt, dass die Zahlung einer Rente von der ostpreussischen Landw. Berufsgenossenschaft abgelehnt wurde, weil Sie z. Zt. des Unfalles einen Betrieb mit einem höheren Einheitswert als 10.000,— RM hatten und von dem Recht der Selbstversicherung keinen Gebrauch gemacht hatten. Von einer polit. Entziehung der Rente kann daher keine Rede sein, wenn auch nach Ihren Angaben, die durch Unterlagen nicht nachgewiesen sind, die Weiterverfolgung Ihrer Rentenansprüche aufgrund Ihrer antipolitischen Einstellung nicht erfolgte. Da auch ein Wiedergutmachungsgesetz für derartige Schäden noch nicht ergangen ist, besteht gegenwärtig noch keine Möglichkeit, eine Unterstützung aus Anlass einer polit. Verfolgung zu gewähren.

Im Auftrage:

Karl Mucha

Kreisarchiv Stormarn B2





